

Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2012

Bürgerbeteiligung 2.0

Chancen und Herausforderungen des Internets in Deutschland, Frankreich und Marokko

von Hamdi Echkaou, Christoph Eisemann und Sergio Marx

Innerhalb der letzten zehn Jahre hat die Nutzung des Internets und sozialer Netzwerken rasant zugenommen und eine engere Vernetzung der Menschen untereinander, ihre direkte Einmischung als Bürger und politische Einflussnahme erweitert. Bürgerbeteiligung wurde durch das Internet gestärkt, weil es Schnelligkeit, Flexibilität und Horizontalität befördert. So konnten sich Forderungen, die von politischen Akteuren und traditionellen Gegenmächten wie Medien, Gewerkschaften und großen NGOs ignoriert wurden, durch den Druck der öffentlichen Meinung durchsetzen und die Machthaber zum Handeln zwingen. Beispiele dafür finden sich in Deutschland zu dem Projekt Stuttgart 21, in Frankreich im Rahmen der Mobilisierung gegen die Förderung von Schiefergas und in Marokko mit den Protesten junger Menschen gegen den vorherrschenden politischen Diskurs rund um die Bewegung des 20. Februar.

In den drei Ländern haben sich die Formen der Bürgerbeteiligung durch das Internet wie zu erwarten war unterschiedlich entwickelt, da sie das Ergebnis verschiedener, jedem Land eigener Faktoren sind. Während 83 Prozent der Deutschen und 79,6 Prozent der Franzosen Zugang zum Internet haben, verfügen nur 33,5 Prozent der Marokkaner über einen Internetanschluss. 37 Prozent der Franzosen haben ein Profil auf Facebook; in Deutschland sind es 28,5 Prozent, in Marokko 14,2 Prozent.¹ Diese Zahlen sind das Ergebnis von unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch von bestimmten sozialen Verhaltensweisen, die sich in sozialen Netzwerken ausdrücken. Von Bedeutung ist auch die Frage der Bürgerrechte: Ein Bürger, der infolge seiner Onlineaktivitäten ein Risiko für seine persönliche Sicherheit wahrnimmt, handelt dort entweder zurückhaltender oder er sieht sich bestärkt darin, sich dort einzubringen.

Die Herausforderungen, vor denen die drei Länder stehen, um ein freies Internet zu gewährleisten, sind von Land zu Land unterschiedlich. In Marokko, wo die Äußerung von bestimmten Meinungen Gefängnisstrafen nach sich

¹ Vgl. Internet World Stats 2012, Internet Users in the World, <<http://www.internetworldstats.com/stats.htm>> (zuletzt abgerufen im Dezember 2012)

ziehen kann, muss das Prinzip der staatlichen Zensur abgeschafft werden. In Frankreich ist die Gefahr des staatlichen Zwangs subtiler, wenngleich die Möglichkeit zur Kontrolle besteht durch Institutionen wie Haute Autorité pour la diffusion des oeuvres et la protection des droits sur internet (HADOPI), eine französische Behörde, die gegen die Verletzung von Urheberrechten im Internet vorgeht. Seit ihrer Schaffung steht der Schutz eines »neutralen« Internets, das frei von technischem Einfluss öffentlicher oder privater Art ist, im Zentrum der Debatten und hat es sogar auf die Tagesordnung der Politik geschafft. Diese muss jedoch noch geeignete Instrumente finden, um diesen Schutz durchzusetzen. Dies gilt auch für Deutschland, wo mit der Piratenpartei sogar eine neue politische Kraft entstanden ist, die sich gegen die Regulierung des Internets richtet. Und dies, obwohl es keine echte Debatte über die Frage gibt, wie auf die neuen Abhängigkeiten gegenüber den Betreibern von Websites sowie auf die zunehmende Offenlegung der Privatsphäre im digitalen Raum reagiert werden kann.

Deutschland

Die politische Debatte bestimmt das Netz

Die deutsche Demokratie kämpft mit der Politikverdrossenheit ihrer Bürger. Politiker versuchen mit der Ansprache über das Internet Bürger am politischen Geschehen zu interessieren und Wähler zu gewinnen. Selbst die Bundeskanzlerin führt seit Jahren einen Videoblog; der Regierungssprecher twittert. Seit sich Debatten auch ins Internet verlagern, besteht die Hoffnung auf Demokratisierung durch neue Beteiligungsmöglichkeiten. Die zunehmende Bedeutung des Internets zeigt sich auch in der Gründung der Piratenpartei durch Netzaktivisten und Verfechter einer direkteren Demokratie im Jahr 2006. Ihre Kernthemen sind die Freiheit von staatlicher Überwachung im Internet und eine Neuregelung des Urheberrechts.

Die Debatte im Netz begrenzt sich aber nicht nur auf die Herausforderungen des Internets, sondern greift auch Themen aus dem alltäglichen Leben auf. Heute können Bürger über größere Distanzen hinweg auf Weblogs und Internetplattformen Themen verhandeln, die ihnen wichtig erscheinen. In den letzten Jahren wurde in Deutschland deutlich, wie effektiv sich Interessengruppen im Social Web aktivieren lassen. Auf Facebook organisieren Bürger Veranstaltungen, teilen multimediale Inhalte, kommentieren und bewerten. Über Twitter verbreiten sie Informationen und organisieren sich in kurzer Zeit. Die Themen haben ihren Ursprung weiterhin in der realen Lebenswirklichkeit der Deutschen, nur werden sie jetzt schneller öffentlich und

vereinen in kurzer Zeit viele Menschen, die zu politischem Handeln auffordern. So spielten beispielsweise in Baden-Württemberg Kommunikationsräume in sozialen Netzwerken eine wichtige Rolle bei der Organisation der Demonstrationen zum Bahnhofprojekt Stuttgart 21. Die Proteste führten schließlich zu einer Befragung des Volkes über den Ausstieg der Landesregierung aus der Projektfinanzierung. Der Diskurs hatte darüber hinaus starken Einfluss auf den Ausgang der Landtagswahl.

Herausforderung: Der »Code« macht die Realität

Wie eingangs deutlich wurde, findet der Alltag in Deutschland mittlerweile auch im Internet statt. Die Grenze zwischen online und offline verschwimmt zusehends. Bisher hatten die deutschen Bürger eine Idee davon, wie und von wem die Machtverhältnisse im sozialen und ökonomischen Raum ausgehandelt werden. Häufig war der Einzelne von diesem Prozess überwiegend ausgeschlossen. Mit dem Internet ist nun die Hoffnung auf mehr Mitsprache und Einfluss des Einzelnen verbunden, in Deutschland wurde sie teilweise schon erfüllt. Doch eines wird häufig übersehen: Die Plattformen und Webseiten, die die Infrastruktur für das Leben im Netz und für politische Partizipation darstellen, eröffnen nicht zwangsläufig machtfreie, egalitäre Räume, die lediglich vor staatlicher Kontrolle zu schützen sind. Algorithmen strukturieren sie, und diese dienen zuerst einmal den ökonomischen Zielen der meist global agierenden Plattformbetreiber. Der »Code« beeinflusst auf subtile Art und Weise die alltägliche Lebenswelt der Menschen und die Wahrnehmung bestimmter Themen – insbesondere dann, wenn bestimmte Plattformen zur zentralen Anlaufstelle für einen Großteil der Bürger werden, über die sie die Welt wahr- und an ihr teilnehmen.

Zwei Beispiele illustrieren das: So hatte Google vor kurzem mit einer Kampagne gegen das Gesetzesvorhaben zum Leistungsschutzrecht auf den eigenen Seiten wie der in Deutschland viel genutzten Suchfunktion auf die öffentliche Diskussion eingewirkt.² In einem anderen Fall hat Facebook die mühsam erreichte Sichtbarkeit vieler deutscher Firmen bei ihren Fans innerhalb des sozialen Netzwerks eingeschränkt, indem es einen Algorithmus verändert hat.³

² Vgl. Agence France-Presse 2012, Google startet Kampagne gegen Leistungsschutzrecht, STERN.DE, 27.11.2012 <<http://www.stern.de/news2/aktuell/google-startet-kampagne-gegen-leistungsschutzrecht-1933004.html>> (zuletzt abgerufen am 6.12.2012).

³ Vgl. Schmidt, Holger 2012, Sichtbarkeit deutscher Unternehmen auf Facebook sinkt kräftig. Neuer Algorithmus, FOCUS.DE, 25.11.2012: <<http://www.focus.de/digital/internet/netzoekonomie->

In Zukunft gilt es, trotz des positiven Effekts der Teilhabe durch das Internet und durch soziale Netzwerke aufmerksam die Einflussnahme von mächtigen Plattformbetreibern zu beobachten. Sie könnten negative Konsequenzen für die Freiheit von (politischen) Debatten haben, weil nicht nachvollziehbar ist, ob der »Code« die Verbreitung bestimmter Themen befördert und andere behindert. Sie könnten darüber hinaus zu einer Verschiebung ökonomischer Machtverhältnisse durch neuartige, subtile Marktzugangsbarrieren auch für nationale Unternehmen führen. Die mediale Welt, in der die Deutschen zukünftig leben werden, ist komplex. Die Förderung von Medienkompetenz auch im Sinne von Medienkritikfähigkeit ist zentral für die nachhaltige Verankerung demokratischer Partizipation in Deutschland. Aufgrund der genannten Risiken gewinnt eine alte Forderung noch stärker an Bedeutung: Bildung als Voraussetzung für Mündigkeit und Demokratie muss weitgehend frei von ökonomischen Interessen gehalten werden. Diesen Aspekt mitzudenken stellt Deutschland vor neue Herausforderungen, wenn es um die Förderung des Internets als Kommunikationsmittel in den verschiedenen gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen geht.

Frankreich

Das Web als Bürgerplattform

Betrachtet man wie sich die Internetnutzung über die Zeit entwickelt hat, lassen sich drei Phasen ausmachen, die sich dadurch unterscheiden, dass in ihnen jeweils unterschiedliche Instrumente der Internetnutzung dominierten. So waren es in der ersten Phase Blogs und Foren, die eine große Verbreitung fanden und durch die sich Bürger aktiv eingemischt haben. Beispielhaft dafür ist die Kampagne über das EU-Verfassungsreferendum im Jahr 2005, als sich die Zivilgesellschaft – bedingt durch das Ausbleiben einer von Medien und Politik geführten Debatte – erstmals deutlich über das Internet einbrachte. Erst durch die Demokratisierung des Internetzugangs zu Beginn der 2000er (8,5 Millionen Internetnutzer in Frankreich im Jahr 2000, 24,8 Millionen im Jahr 2004, das entspricht 38,1 Prozent der Gesamtbevölkerung) und die Vereinfachung der Kommunikation im Internet wurde die Entstehung eines »aktiven Internets« - von der französischen Presse »internet militant« genannt –

überhaupt erst möglich.⁴ Fortan konnten Nutzer, auch ohne sich mit dem Programmieren von Seiten auszukennen, ganz einfach selbst Foren oder Blogs anlegen und darüber ihre Meinungen mitteilen. Seitdem wirkte das Internet als Beschleuniger der öffentlichen Meinung.

Die zweite Phase kristallisiert sich in den Jahren 2010/11 heraus und ist durch die Entstehung und Verbreitung von sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter charakterisiert. In dieser Zeit begann die Mobilisierung gegen die Förderung von Schiefergas und es entstand die Bewegung Occupy France, das französische Pendant zu den verschiedenen Protestbewegungen, die die USA, Südeuropa und Nordafrika aufrüttelten. Diese Entwicklung ist besonders durch die große Rolle, die soziale Netzwerke einnehmen, gekennzeichnet. Facebook hatte zu dieser Zeit 20,5 Millionen Nutzer allein in Frankreich, Twitter 2,4 Millionen. Die Akteure der Zivilgesellschaft konnten somit dank der engen Vernetzung ihre Arbeit ganz wesentlich beschleunigen. Allein durch die Masse der dort registrierten Menschen werden solche Netzwerke eine Kraft, die berücksichtigt werden muss: Eine Gruppe, die auf Facebook beliebt ist und viele Fans hat, zeigt, dass sich die Öffentlichkeit stark mit ihrem Inhalt identifiziert. Dieser Einfluss drückt sich auch durch sogenannte »pure player« aus, neue Medien, die beinahe ausschließlich im Internet tätig sind. Solche Medien, wie zum Beispiel die französische Website über digitale Kultur OWNI, sind gegenüber Entwicklungen im Netz aufmerksamer als traditionelle Medien.⁵ Das Internet gewinnt dadurch an Bedeutung und wird ein eigenständiger Akteur.

Je stärker soziale Netzwerke im Internet eine aktive Rolle einnehmen, desto notwendiger werden die Kontrolle und Sicherheit des Netzes. Die Mobilisierung gegen den Bau des Flughafens Notre-Dame-des-Landes im Jahr 2012 markiert eine dritte Phase: die der »Hacktivist«n. Mitglieder von Telecomix, einer Vereinigung von Netzaktivisten zur Verteidigung der Meinungsfreiheit, die zuvor bereits syrischen Rebellen eine »digitale Deckung« ermöglichte, haben ein sogenanntes Mash-Netzwerk gebildet, das es den Gegnern des Flughafenbaus dank seiner Mobilität und Dezentralität erlaubte, miteinander zu kommunizieren ohne dabei überwacht werden zu können.⁶ Die digitale und reale Welt überschneiden sich immer mehr und das Internet versucht, weiter an Eigenständigkeit zu gewinnen.

⁴ Vgl. L'Expansion 2005, Référendum: comment le "oui" et le "non" s'affrontent sur Internet, L'EXPRESS.FR, 27.04.2005, <http://lexpansion.lexpress.fr/economie/referendum-comment-le-oui-et-le-non-s-affrontent-sur-internet_109210.html> (zuletzt abgerufen im Januar 2013)

⁵ Vgl. Owni 2011, Ownischiste, <<http://schiste.owni.fr/>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013)

⁶ Vgl. Rue 89 2012, Notre-Dame-des-Landes, une lutte « augmentée » par le numérique, <<http://www.rue89.com/rue89-planete/2012/11/27/notre-dame-des-landes-une-lutte-augmentee-par-le-numerique-237360>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

Herausforderung: Die Neutralität des Internets in Gefahr

Die zunehmende Internetnutzung durch den Bürger hat aus einem reinen Diskussionsforum ein wahres Einsatzfeld gemacht. Deswegen und angesichts der Ausmaße, die das Internet angenommen hat, wird es immer wichtiger, die Unabhängigkeit des Internets sicherzustellen. Die Diskussion über das für das Handeln der Zivilgesellschaft so wichtige »neutrale«, nicht von staatlichen oder wirtschaftlichen Akteuren beeinflusste Internet, hat eine Zeit lang die öffentliche Meinung in Frankreich bestimmt. Ausschlaggebend für dieses Interesse war die Ankündigung im Jahr 2008, mit HADOPI eine staatliche Behörde zu gründen, die gegen Urheberrechtsverletzungen im Internet kämpft, indem sie IP-Adressen ermittelt und die Provider dazu anhält, die Identität eines Nutzers aufzudecken und seinen Internetanschluss nach mehreren Mahnungen zeitweise zu sperren. Darüber hinaus haben Vereinigungen wie La Quadrature du Net (Die Quadratur des Netzes) den Missbrauch in der Anwendung des umstrittenen Gesetzes Loppsi 2 gemeldet, das dem Innenministerium unter anderem die Möglichkeit gegeben hat, Internetseiten ohne das vorherige Einschalten eines Richters zu schließen.⁷ Die Konsequenz daraus ist, dass Frankreich dem von Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Bericht »Feinde des Internets« zufolge auf der Liste der Staaten »unter Bewachung« steht – an der Seite von Ägypten, Tunesien und Russland.⁸

Die Neutralität des Internets kann durch verschiedene Instrumente gewährleistet werden. Zum einen müssen die derzeitigen Beratungen im Parlament vorangetrieben werden, da sie im Falle ihres Abschlusses eine erste rechtliche Grundlage für die Neutralität des Internets in Frankreich liefern können. Trotzdem ist es unerlässlich, die rechtliche Lage auch weltweit zu klären. Die Internationale Fernmeldeunion (engl. International Telecommunication Union, ITU), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, hat zuletzt im Dezember 2012 die jeweils zuständigen Minister von 193 Ländern zur Konferenz WCIT-12 eingeladen, wo ein Vorschlag zur internationalen Regulierung des Internets vorgestellt wurde. Diese Initiative wurde jedoch aufgrund der Ablehnung durch 55 Länder, darunter auch Frankreich, wieder aufgegeben.⁹ Wenn dieser konkrete Vorschlag auch Anlass zur Kritik bot, so muss die Suche nach einem allgemeinen Konsens, der auch die Meinung der Zivilgesellschaft berücksichtigt, eine Priorität der Regierung

⁷ Vgl. La Quadrature du net 2011, Loppsi: Le Conseil Constitutionnel valide la censure du Net, <<http://www.laquadrature.net/fr/loppsi-le-conseil-constitutionnel-valide-la-censure-du-net>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013)

⁸ Vgl. Reporter ohne Grenzen 2012, Feinde des Internets, <<http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/rog-bericht-feinde-des-internets-2012/>> (zuletzt abgerufen im Januar 2013).

⁹ Vgl. Le Monde 2012, La France n'a pas signé le traité de l'ONU sur la gouvernance d'Internet, LEMONDE.FR, <http://www.lemonde.fr/technologies/article/2012/12/14/la-france-n-a-pas-signé-le-traité-de-l-onu-sur-la-gouvernance-d-internet_1806735_651865.html> (zuletzt abgerufen im Januar 2013)

Frankreichs und der EU sein, der sie auf der nächsten Konferenz der ITU im Jahr 2013 Ausdruck verleihen sollten.

Marokko

Das Internet als Mittel politischer Emanzipation

Die neuen Möglichkeiten, die durch den Zugang zum Internet eröffnet wurden, stoßen in Marokko nicht nur auf Zustimmung. Auf der einen Seite schätzt die Mehrheit der jungen Marokkaner, dass ihre Vernetzung untereinander die Verbreitung von Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit fördert; sie sehen im Internet einen Träger der Befreiung. Auf der anderen Seite fürchten einige, dass die Anhänger der neuen Technologien unwiderruflich dazu gebracht werden, westliche Werte zu übernehmen und dadurch ihre lokale kulturelle Identität verfremden.¹⁰ Es lässt sich also durchaus ein gewisses Misstrauen gegenüber dem technologischen Fortschritt beobachten. In Marokko dienen neue Technologien mehr als in westlichen Ländern dazu, Kritik an der politischen Klasse zu äußern und zu verbreiten. Internet steht dort zuallererst im Dienste des Protests.

Die Protestbewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten, der sogenannten MENA-Region, boten die Gelegenheit, die kontroverse Frage nach dem Internet als Sprachrohr einer bislang unterdrückten Stimme aufzuwerfen; ein Internet, das die Ziele dieses demokratischen Erwachens noch attraktiver machen könnte. Die Proteste haben bewiesen, dass eine starke Vernetzung unvermeidlich demokratischen Wandel in Gang setzt¹¹, insbesondere dann, wenn das Land differenzierte sozio-ökonomische und technologische Rahmenbedingungen aufweist. Dies ist in Marokko mit seiner jungen Bevölkerung, die immer stärker das Internet nutzt der Fall: Mit 47,7 Prozent ist knapp die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahren, in Ägypten sind es 52,3 Prozent, in Tunesien 42,1 Prozent.¹² Eine Gefahr für Marokko stellt jedoch die in der Region höchste Analphabetenrate dar, die der Hauptgrund für den Ausschluss bestimmter Personenkreise vom Internet ist. Dadurch ist zu befürchten, dass ein Teil der Bevölkerung nicht am Fortschritt der Technologie teilhaben kann. Angesichts dessen ist es bemerkenswert, dass die Zahl der Internetnutzer in Marokko mit 33,5 Prozent der Bevölkerung dennoch relativ hoch ist. In Tunesien erreicht sie 27,4 Prozent, in Ägypten nur 17 Prozent.¹³ Dies verstärkt den Eindruck einer Bruchlinie innerhalb der Gesellschaft, in der auf der einen Seite eine gebildete Jugend steht, die über den Zugang zu neuen

¹⁰ Vgl. Evgeny Morozov, *The Net Delusion: the Dark Side of Internet Freedom*, New York 2012.

¹¹ Vgl. Evgeny Morozov 2009, *How the Net Aids Dictatorships*, <http://www.ted.com/talks/evgeny_morozov_is_the_internet_what_orwell_feared.html> (zuletzt abgerufen im März 2013).

¹² Vgl. World Bank 2010, *The Morocco Household and Youth Survey, MHYS 2009–2010*.

¹³ Ebd.

Technologien verfügt, und auf der anderen Seite ein Teil der Bevölkerung, der weder lesen noch schreiben kann und von Globalisierungsprozessen ausgeschlossen bleibt.

Insbesondere Marokkos urbane Jugend hat mit ihrem Aktivismus im Netz zahlreiche Mobilisierungen großen Ausmaßes für politische Reformen initiiert, die tausende Menschen bis hin in die entlegensten Regionen des Landes ansteckten, obwohl hinsichtlich der Anbindung ans Internet ein großer Graben zwischen den ländlichen und städtischen Gegenden besteht, da die Netzbetreiber urbane Gegenden die Priorität geben. Die sozialen Bewegungen scheinen also dank des Internets trotz der großen Unterschiede, die innerhalb der Gesellschaft bestehen, die gesamte Bevölkerung zu erreichen.

Herausforderung: Gegen Zensur und Privilegien der Elite

Das Internet wird von der Jugend, die von der Politik missachtet wird, als Instrument der Befreiung genutzt, um Druck auszuüben, Korruption aufzudecken und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu verteidigen. So haben Onlineaktivisten soziale Netzwerke genutzt, um unter anderem gegen elitäre Infrastrukturprojekte wie die Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Tanger und Casablanca zu kämpfen. Damit machen sie darauf aufmerksam, dass solche Projekte die Festschreibung von Privilegien einer Elite bezwecken anstatt der Allgemeinheit zu dienen.

Viele der Aktivisten sind junge Menschen aus ländlichen Gebieten, die wegen ihres Studiums nach Casablanca oder Rabat gekommen sind und die die Regierung und deren Politik in Frage stellen, sobald sie den Graben zwischen ihrem Heimatort und den wirtschaftlichen und politischen Zentren des Landes erfahren. So rief die Vereinigung marokkanischer Blogger (association des blogueurs marocains) seine Mitglieder im Mai 2009 dazu auf, eventuelle Unregelmäßigkeiten während der Kommunalwahlen zu melden, um somit die Kontrolle der Politik durch den Bürger selbst zu stärken.¹⁴ Doch nicht nur der reine Widerstand gegen Projekte zeichnet den Onlineaktivismus der Jugend aus: Auch trägt sie dazu bei, die Legitimität und Zielsetzungen dieser Projekte mithilfe stichhaltiger Analysen von Statistiken, der Bewertung möglicher Alternativen, bis hin zur genauen Berechnung ihrer Kosten zu überprüfen. Darüber hinaus nutzt die Jugendbewegung Kulturveranstaltungen als Plattformen, die den Wandel anstoßen können.

Im Spannungsfeld zwischen kontroversen Standpunkten nimmt das Internet die Rolle als wichtiger Wegbereiter der Emanzipation ein. Dabei ist es jedoch nicht frei, sondern wird von zwei Seiten eingeschränkt: Zum einen durch staatliche Zensur als Antwort auf zu deutliche Kritik, zum anderen durch

¹⁴ Vgl. Driss Ksikes, Genèse du cyber-activisme au Maroc, Revue Marocaine des Sciences Politiques et sociales, Volume IV, CRESS, Rabat 2012.

antidemokratische Gruppierungen, die das Internet zur Verbreitung ihrer Propaganda nutzen und konstruktive Inhalte sabotieren. Die Bedeutung des Internets als Mittel politischen Drucks ist von nun an jedoch unbestritten.

Internet – ein demokratischer Raum in Gefahr

Das Internet und soziale Netzwerke haben sowohl in Deutschland und Frankreich als auch in Marokko eine nicht von der Hand zu weisende Entwicklung des gesellschaftlichen Handelns angestoßen – soweit ein Internetzugang möglich ist und die damit verbundenen Risiken es zulassen. Traditionelle Akteure mussten sich diesem neuen Raum der Kommunikation anpassen und sich mit den ganz eigenen Regeln des Internets arrangieren. Dabei ist offensichtlich, dass die deutschen, französischen und marokkanischen Onlinerräume auch nicht von zahlreichen Einflüssen verschont werden, die als Hindernis für bürgerliche Aktivitäten wirken und die Wirksamkeit des Internets als Instrument der Demokratisierung infrage stellen.

In Deutschland und in Frankreich hat die Zivilgesellschaft vor allem die Risiken für die Neutralität des Netzes erkannt, nachdem große Internetunternehmen auf subtile Weise wirtschaftlichen Druck auf das Internet ausüben und damit die freie politische Debatte verhindern können. Um zu verhindern, dass diese Tendenz als Bremse für Bürgerbeteiligung im Netz wirkt, muss einerseits eine kritische Einstellung der Bürger gegenüber den Medien gestärkt werden, wofür das Bildungssystem frei von wirtschaftlichen Einfluss bleiben muss. Zum anderen ist wichtig, dass die parlamentarische Arbeit in beiden Ländern auf eine Rechtsprechung hinarbeitet, die die Neutralität des Netzes schützt, auch wenn dessen Definition noch ausgearbeitet werden muss. Dies sollte innerhalb von Gremien geschehen, die ein möglichst breites Spektrum von Personen aus der Zivilgesellschaft repräsentieren. Außerdem müssen die Länder dazu beitragen, eine internationale Regelung zu diesem Thema zu finden, da es sich um ein gemeinsames Problem aller Länder handelt, das nur auf internationaler Ebene wirksam gelöst werden kann.

In Marokko haben die in Protestbewegungen beteiligten Bürger das Internet und soziale Netzwerke in besonderem Umfang genutzt. Dennoch bleiben Risiken bestehen, die die vollständige Nutzung von sozialen Netzwerken als Instrument der Demokratisierung verhindern. Der Anteil derjenigen, die Zugang zum Internet haben, ist aus wirtschaftlichen und infrastrukturellen Gründen noch niedrig. Zudem wirkt die staatliche Zensur auch als Abschreckung für marokkanische Aktivisten, deren konstruktive Arbeit im Internet auch von antidemokratischen Gruppen, die dort präsent sind, bedroht wird. Um aus dem Internet und sozialen Netzwerken ein wirksames Instrument

im Dienste der Bürger zu machen, muss der Staat seine repressive Politik im Internet überdenken.

Zuletzt ist es wichtig, auf einige globale Entwicklungen hinzuweisen. Wenn die Globalisierung weiter fortschreitet und dadurch staatliche Strukturen weiter an Macht verlieren, könnte der Einfluss großer wirtschaftlicher Akteure noch zunehmen. Dadurch könnten sie einer Regulierung entkommen und ihre ganz eigene Art von Zensur durchsetzen. Diese ist zwar auf kurze Sicht vermutlich weniger gefährlich als die eines repressiven Staates, dafür ist sie jedoch vielschichtiger. Dann könnte sich die Idee eines freien Raumes ohne jegliche Grenzen, einer Art großen Agora, als Illusion erweisen – für Deutsche, Franzosen und Marokkaner.

Hamdi Echkaou promoviert in Kommunikationswissenschaften „language, culture & society“ an der Universität Mohamed V in Rabat und an der University of Edinburgh. Christoph Eisemann ist Social Media Manager bei Vitra AG. Sergio Marx ist Journalist und arbeitet unter anderem für die europäische Presseschau euro | topics der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Text spiegelt ausschließlich die Meinung der Autoren wider. Er ist im Rahmen des Projekts »Deutsch-französischer Zukunftsdialog« entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.